

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anna Christmann, Kai Gehring, Margit Stumpp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/4551 –**

### **Freiwilligendienste ausbauen und stärken – Gemeinwohlorientiert und selbstbestimmt**

#### **A. Problem**

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion sei freiwilliges Engagement der Kern einer lebendigen Zivilgesellschaft und stärke das Rückgrat der Demokratie in Deutschland. Freiwilliges Engagement lebe davon, dass es freiwillig sei. Im Zusammenhang mit der Debatte um eine Dienstpflicht für junge Menschen sei wichtig zu erkennen, dass ein erzwungenes, motivationsloses Engagement der Idee und dem Anspruch von gesellschaftlichem Engagement nicht gerecht werde. Es sei auch keine Frage des Alters oder der Lebensphase der Menschen. Es gelte daher zu prüfen, wie der Bundesfreiwilligendienst flexibler gestaltet werden könne. Um ein freiwilliges Engagement für die Freiwilligen und die Einsatzstellen zum Erfolg zu machen, sei es wichtig, dass die Fähigkeiten der Engagierten dem Qualitätsniveau des Einsatzfeldes entsprächen.

Seit Jahren steige die Zahl der Freiwilligen. Bei den Jugendfreiwilligendiensten bekämen mehr als die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber eine Absage auf ihre Bewerbung. Benötigt werde daher ein massiver Platzaufwuchs mitsamt entsprechender Finanzierung.

Da Bundesfreiwilligendienst mehr sei als Zivildienstersatz müssten Relikte aus der Zeit des Zivildienstes, wie die Bildungszentren des BAFzA flexibler nach den Bedürfnissen der Träger und der Freiwilligen ausgerichtet werden. Der Bundesfreiwilligendienst müsse langfristig ausgerichtet und gemeinsam mit den Jugendfreiwilligendiensten zu einer noch attraktiveren Bildungs- und Engagementmöglichkeit für alle weiterentwickelt werden. Weiterhin sollten Angebote zum freiwilligen Engagement allen gesellschaftlichen Gruppen offenstehen.

Letztlich bedeute freiwilliges Engagement, dass Arbeit nicht gegen ein Entgelt abgeleistet werde. Umso wichtiger sei es, dass die Gesellschaft Engagement auf anderen Wegen würdige und gerade jungen Menschen den weiteren Weg erleichtere.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Die Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/4551 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2021

## **Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

**Sabine Zimmermann (Zwickau)**  
Vorsitzende

**Ingrid Pahlmann**  
Berichterstatterin

**Svenja Stadler**  
Berichterstatterin

**Johannes Huber**  
Berichterstatter

**Matthias Seestern-Pauly**  
Berichterstatter

**Norbert Müller (Potsdam)**  
Berichterstatter

**Dr. Anna Christmann**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Ingrid Pahlmann, Svenja Stadler, Johannes Huber, Matthias Seestern-Pauly, Norbert Müller (Potsdam) und Dr. Anna Christmann**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 19/4551 in seiner 52. Sitzung am 27. September 2018 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Alle Menschen, die sich in Deutschland oder international zum Wohl der Gesellschaft engagieren möchten, sollten nach Auffassung der antragstellenden Fraktion dazu die Möglichkeit, gute Rahmenbedingungen und Anerkennung erhalten.

Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung auffordern,

1. entsprechend der hohen Nachfrage, jährlich 100.000 auf alle Formate verteilte zusätzliche nationale wie internationale Freiwilligendienstmöglichkeiten inklusive Incoming zu fördern;
2. das Bildungsprogramm qualitativ weiter zu entwickeln und vollständig in die Hände von Trägern und verbandliche Zentralstellen zu legen;
3. ein Monitoring-Verfahren zu entwickeln, mit dem die Nachfrage nach Freiwilligendiensten erfasst, analysiert und in Zusammenhang mit dem geförderten Angebot gesteuert werden könne;
4. zu prüfen, ob ein eigener Freiwilligendienst für unter 18-Jährige hilfreich zur Gewinnung von Freiwilligen nach einem Hauptschul- oder Realschulabschluss sein könnte und ob und inwiefern der Bundesfreiwilligendienst flexibler gestaltet werden müsse, um es Menschen jeden Alters zu ermöglichen, für eine bestimmte Zeit aus dem Beruf auszusteigen und sich für das Gemeinwohl zu engagieren;
5. dafür zu sorgen, dass allen Freiwilligendienstleistenden innerhalb einer Einsatzstelle unabhängig vom Freiwilligendienstprogramm dasselbe Taschengeld ausbezahlt werde;
6. bei Auslaufen des Sonderprogramms „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ sowohl die Mittel als auch die positiven Erfahrungen in alle Freiwilligenprogramme zu überführen;
7. die Entschließung des Bundesrats „Freiwilligendienste stärker unterstützen und anerkennen“ (BR-Drs. 516/16) konsequent umzusetzen;
8. gemeinsam mit den Ländern, Kommunen, Vertretern der Hochschulrektorenkonferenz und dem Bundesinstitut für Berufsbildung sowie Vertretern der Träger und der Zivilgesellschaft darüber zu beraten, welche Möglichkeiten es für eine bessere Würdigung von Engagement gebe;
9. als Anerkennung allen Freiwilligen unter 27 Jahren nach Abschluss des Dienstes ein kostenloses Interrailticket zur Verfügung zu stellen;
10. die Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern und die Alumniarbeit auszubauen;
11. in allen Freiwilligendienstformaten adäquate Rahmenbedingungen für Freiwilligendienstleistende aus dem Ausland (Incoming) zu schaffen;
12. die internationalen Freiwilligendienste zu stärken.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/4551 in seiner 121. Sitzung am 21. April 2021 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/4551 in seiner 70. Sitzung am 21. April 2021 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/4551 in seiner 76. Sitzung am 21. April 2021 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/4551 in seiner 93. Sitzung am 21. April 2021 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung der Vorlage empfohlen.

Berlin, den 21. April 2021

**Ingrid Pahlmann**  
Berichterstatlerin

**Svenja Stadler**  
Berichterstatlerin

**Johannes Huber**  
Berichterstatler

**Matthias Seestern-Pauly**  
Berichterstatler

**Norbert Müller (Potsdam)**  
Berichterstatler

**Dr. Anna Christmann**  
Berichterstatlerin





